

Notwendigkeit oder ungedeckter Scheck

Mehr als eine Stunde stritten sich Kreistagsmitglieder und Kreisverwaltung um 1,2 Millionen Euro für neue Stellen im Landratsamt. Wie die finanziert werden sollen, ist ab 2016 nämlich noch völlig unklar.

Von Jana Borath

Altenburg. Die SPD-Fraktion versuchte am Mittwochabend gleich auf mehreren Wegen, die umstrittene Beschlussvorlage über 19,7 neue Stellen und die damit verknüpften Mehrausgaben von 1,2 Millionen Euro ab 2016 von der Tagesordnung der Kreistagssitzung zu fegen. Wolfgang Scholz aus Gößnitz stellte gleich zu Beginn einen entsprechenden Geschäftsordnungsantrag. Der wurde abgeschmettert. Ein Antrag von Volker Schemmel, die Beschlussvorlage in die Ausschüsse zu verweisen, scheiterte ebenfalls. Michael Wolf fand keine Mehrheit dafür, die finanziellen Auswirkungen der Neueinstellungen zumindest bis Ende 2016 per Vermerk „Keine Weiterbeschäftigung“ zu begrenzen.

Dazwischen kam es zum Teil zu heftigen Auseinandersetzungen um diese 19,7 zusätzlichen Stellen im Landratsamt und die damit verknüpften 1,2 Millionen Euro ab 2016. Die Neueinstellungen sind ausschließlich für die Bereiche Flüchtlinge/Asyl sowie Unterbringung, Versorgung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger ausländischer Kinder und Jugendlicher vorgesehen. Gesucht sind zum einen Sozialarbeiter, zum anderen Sachbearbeiter, die sich mit Ausländerrecht, Controlling/Jugendhilfe sowie im Asylleistungsbereich auskennen. Mit dem jetzigen Mitarbeiterstamm kommt die Kreisverwaltung offensichtlich nicht mehr aus. „Wir müssen einfach Zeit gewinnen, um die Lage in den Griff zu bekommen“, begründete Vize-Landrat Matthias Bergmann diesen Personalaufwuchs. Man wolle Strukturen schaffen, um den Flüchtlingsstrom im Altenburger Land regeln zu können.

Der Ärger der SPD-Fraktion



Für die Arbeit mit Flüchtlingen stellt das Landratsamt jetzt Sozialarbeiter und Sachbearbeiter ein. Foto: Wolfram Kastl/dpa



„Dieser Nachtragshaushalt ist ein ungedeckter Scheck.“

Dirk Schwerd, SPD



„Wird das nicht refinanziert, stimmen wir dem Etat 2016 nicht zu.“

Uwe Melzer, CDU



„Es liegt auf der Hand, dass wir mehr Personal brauchen.“

Ralf Plötner, Linke



„Ich bin dafür, weil wir gutes Personal wollen.“

Klaus Peter Liefländer, Die Regionale

entzündete sich gleich an mehreren Stellen. An der nicht vorhandenen Gegenfinanzierung dieser 19,7 Stellen. Daran, dass außer Altenburg (578), Schmölln (126) und Gößnitz (13) noch keine weitere Kommune Flüchtlinge aufgenommen hat bis dato. Und daran, dass die Verwaltung nach Meinung der SPD eine gewisse Kreativität in der Aufgabenorganisation vermissen lässt.

Städte und Gemeinden sowie private Anbieter haben indes Unterkünfte angeboten. „So ein

Stapel liegt bei mir auf dem Schreibtisch“, sagte Landrätin Michaela Sojka (Die Linke) und hob ihre Hand gut 50 Zentimeter über ihren Tisch im Landratsamtssaal. Dass dieser Stapel mit weiteren Wohnraumangeboten noch nicht abgearbeitet ist, begründete sie indes mit fehlendem Personal in der Kreisverwaltung.

Sowohl Wolf als auch Scholz zweifelten am Mittwochabend an, dass das Geld von Land und Bund für die Flüchtlingshilfe im Landkreis ordnungsgemäß

durchgereicht wird. Anders können sie es sich nicht erklären, warum die geplanten Neueinstellungen nicht gegenfinanziert sind. SPD-Fraktionschef Dirk Schwerd verglich diesen Nachtragshaushalt mit einem ungedeckten Scheck. „Uns fehlen Informationen und uns fehlt die Gegenfinanzierung. Und niemand nimmt sich die Zeit, um all das zu klären.“ Schwerd forderte deshalb, wie zuvor bereits Wolfgang Scholz, einen Sonderkreistag im November, bei dem es nur um dieses eine Thema

gehen sollte. Bis dahin könne man auch Alternativen prüfen, wie man den Personalmangel in den Griff bekomme. Hartmut Schubert fragte sich, wie die Verwaltung flexibel und schnell auf den Flüchtlingsansturm reagieren könne. „Warum nicht, so schaltete sich hier Wolfgang Scholz ein, beim Jobcenter nachfragen, ob Verwaltungsfachleute von dort an das Landratsamt delegiert werden können. Warum, so fragte Michael Wolf, würden die freien Träger nicht noch enger einbezogen,

wenn es um Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen geht. Wolf fragte sich ferner, warum der Kreis keine Gelder beim Land für diese neuen Stellen einfordert. Auch Uwe Melzer (CDU) merkte dies an. Denn von Thüringens Innenminister Poppenhäger (SPD) wisse er, dass alles, was mit Flüchtlingen und Asylsuchenden zu tun habe, nicht über die Kreisumlage finanziert werden dürfe. Seine Fraktion stimme jedoch dem Nachtragshaushalt zu, weil sie die Notwendigkeit erkenne. „Aber nur mit Bauchschmerzen“, betonte Melzer.

Die Regionalen waren sich da nicht so einig. Fraktionschef Klaus-Peter Liefländer konnte nur für sich sprechen als er sagte, dass er den Nachtragshaushalt befürworte. „Jetzt haben wir noch größere Chancen, gut qualifiziertes Personal zu bekommen“, so seine Argumentation. „Deshalb kann ich diesen Scheck ausstellen, auch wenn er ungedeckt ist.“

Michael Wolf indes griff die Vorschläge nochmals auf, Personal beim Jobcenter zu ordern und Aufgaben an freie Träger zu delegieren. „Warum wurde das noch nicht überprüft?“, fragte er. „Mir fehlt hier einfach die Kreativität der Kreisverwaltung“, kritisierte er erneut in Richtung Sojka.

Wolf will das Finanzierungsproblem der Kreisverwaltung nun beim Flüchtlingsgipfel am kommenden Mittwoch in Altenburg ansprechen. Von diesem Termin erfuhr die Mehrzahl der Abgeordneten am Mittwochabend übrigens fast schon nebenbei und in der Hitze des Wortgefechtes. Bei dieser Veranstaltung soll unter anderem auch der Chef des Thüringer Landesverwaltungsamtes anwesend sein. Nach diesem Termin soll dann ein Sonderkreistag zum Thema Flüchtlinge und Finanzierung sowie Refinanzierung der Ausgaben stattfinden, hieß es weiter.

Unabhängig davon ging der Nachtragshaushalt über die Bühne: mit 24 Ja-Stimmen, acht Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen.